



9/2003

Kiel, 20. Januar 2003

Vorschau auf die 30. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags: Aktuelle Stunde zu Folgen des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für das Land

Kiel (SHL) – *Am Mittwoch, 22. Januar 2003, kommt der Landtag zu seiner 30. Tagung zusammen. Die Sitzung fällt kurz aus: Am Donnerstagmittag wird die Beratung der Tagesordnungspunkte bereits abgeschlossen sein.*

In einer **Aktuellen Stunde** befasst sich der Landtag am Mittwoch ab 10:00 Uhr zunächst mit dem **Ergebnis der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst**. Antragstellerin ist die FDP-Fraktion. Sie will von der Landesregierung Auskunft darüber, welche Auswirkungen auf den Landeshaushalt sowie auf die Kreise, Städte und Gemeinden zu erwarten sind.

Anschließend wird in Erster Lesung ein Gesetzentwurf der Landesregierung beraten. Es geht um die **Neufassung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über das Ausbildungszentrum für Verwaltung** (Drs. 15/2354). Vorgesehen ist eine Studien- und Strukturreform der Verwaltungsfachhochschule Altenholz. Sie soll in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Die Verwaltungsschule wird zudem in Verwaltungsakademie umbenannt. Danach geht es um die **Datenschutzpolitik für Schleswig-Holstein**. Grundlage ist die Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion dazu (Drs. 15/2287). Es geht unter anderem um datenschutzrechtliche Probleme, die durch die Zunahme der Nutzung neuer Medien sowie durch die technische Verbesserung der Überwachungssysteme entstanden sind.

Es folgt am Nachmittag ab 15:00 Uhr ein mündlicher Bericht der Landesregierung über die **Einführung und Umsetzung des Dosenpfands in Schleswig-Holstein**. Den Bericht hat die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt (Drs. 15/2383) und verbindet damit die Frage nach weiteren notwendigen Schritten.

Einen **Frauengesundheitsbericht** soll die Regierung anschließend auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/2239) vorlegen). Dabei geht es unter anderem um frauenspezifische Gesundheitsthemen wie Mammographie und Gebärmutterkrebs. Gefragt wird auch nach der Situation von Frauen in der Pflege.

Danach gibt die Regierung – ebenfalls auf Antrag der CDU (Drs. 15/2241) einen **Kindergesundheitsbericht** ab. Dabei soll es unter anderem um besondere Gesundheitsrisiken für Kinder gehen.

Letzter Punkt am Mittwoch ist die **Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) 2001**. Die TSH unterstützt Unternehmen bei der Verwirklichung innovativer und zukunftssträchtiger Ideen, zum Beispiel in den Bereichen Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Materialwissenschaften und Medizintechnik. Im Jahr 2001 hat die TSH rund 2,2 Millionen Euro an Fördermitteln ausbezahlt. Dieser Summe standen Einnahmen von rund 3,8 Millionen Euro, überwiegend Zinserträge des Stiftungskapitals, gegenüber. Im selben Jahr wurden weitere Fördermittel in Höhe von knapp 1,7 Millionen Euro für insgesamt 17 neue Projekte bewilligt.

Am **Donnerstag, 23. Januar 2003**, stehen zunächst bildungspolitische Themen auf der Tagesordnung. In Erster Lesung wird ein Gesetzentwurf der FDP-Fraktion beraten, mit dem das Schulgesetz geändert werden soll (Drs. 15/2386). Ziel der Änderung ist es, zu einer freieren Schulwahl als bisher zu kommen und Schuleinzugsbereiche zu öffnen.

Ein schlüssiges **Konzept für den vorschulischen Bereich, die Grundschule und die Orientierungsstufe** verlangt die CDU-Fraktion von der Landesregierung (Drs. 15/2379). In ihrem Antrag hat die CDU-Fraktion selbst Eckpunkte für ein solches Konzept benannt. Darin fordert sie unter anderem, landesweit die verlässliche Halbtagsgrundschule unter Einhaltung verbindlicher Stundentafeln und Unterrichtszeiten zu gewährleisten. Zudem soll es verbindliche Deutschkurse für Kinder nichtdeutscher Muttersprache geben, bevor sie eingeschult werden.

Anschließend geht es um die **Landeszentrale für Politische Bildung**. Hierzu hat der Bildungsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgelegt

(Drs. 15/2377). Mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dem Plenum empfohlen, den Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 15/2256) unverändert anzunehmen. Darin wird die zum 1. Januar 2003 umgesetzte Initiative der Landesregierung unterstützt, mit der die Landeszentrale in einen Landesbetrieb in enger Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen umgewandelt wurde.

Abschließend befasst sich der Landtag mit einer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU zur **Durchführung der Heimaufsicht** (Drs. 15/2268). In Schleswig-Holstein gibt es laut Regierungsbericht 625 stationäre Pflege-Einrichtungen (Stichtag: 30.06.2002), in denen rund 22.000 Menschen leben. Ein Großteil dieser Heime, nämlich 570, sind laut Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) Einrichtungen der Altenpflege. Der MDK, der die Kontrolle dieser Heime gemeinsam mit den kommunalen Heimaufsichts-Behörden wahrnimmt, hat in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Mängeln beanstandet: In 140 der 570 Senioren-Einrichtungen wurden zum Teil gravierende Pflegemängel festgestellt, 31 Heime wurden deswegen geschlossen.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
5	Lebensmittelsicherheitsgesetz, Drs. 15/2368	-
6	Änderung des Gesetzes zur kommunalen Selbstverwaltung, Drs. 15/2380	-
13	Einwilligung in der Veräußerung von unbebauten Grundstücken, Drs. 15/2371	-
14	Reduzierung von statistischen Erhebungen, Drs. 15/2374	-
15	Kommunale Verwaltungen und Gebietsreform, Drs. 15/2378	-
19	Stellungnahme in einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Drs. 15/2322	5
20	Entlastung der Lehrerkollegien, Drs. 15/2343	5
21	Entzerrung der bundesweiten Sommerferientermine, Drs. 15/2375	5
22	Anwärtersonderzuschläge an Beruflichen Schulen, Drs. 15/2376	5

Ablauf und Beratungszeiten der 30. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
	Zweite Lesungen								
2	Änderung des Fischereigesetzes (Reg.)	- Absetzung von der Tagesordnung vorgesehen -							
3	Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und SSW)	- Absetzung von der Tagesordnung vorgesehen -							
	Erste Lesungen								
4	Neufassung des Ausbildungszentrums-gesetzes und Änderung weiterer Rechtsvorschriften (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
5	Lebensmittelsicherheitsgesetz (Reg.)	- ohne Aussprache -							
6	Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
7	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (FDP) - Donnerstag 10:00 Uhr -	-	5	5	10	5	5	5	35
	Große Anfragen								
8	Datenschutzpolitik für Schleswig-Holstein (SPD)	-	10	10	10	10	10	10	60
9	Durchführung der Heimaufsicht (CDU) - am Donnerstag -	-	10	10	10	10	10	10	60
10	Fahrradverkehr und -tourismus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Absetzung von der Tagesordnung vorgesehen -							
	Anträge								
11	Frauengesundheitsbericht (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
12	Kindergesundheitsbericht (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Einwilligung in die Veräußerung von unbebauten Grundstücken in Pinneberg (Reg.)	- ohne Aussprache -							

[illegible]

Reihenfolge der Beratung der 30. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
	Mittwoch, 22. Januar 2003		
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
4	Neufassung des Ausbildungszentrumsgesetzes	30	11:30
8	Datenschutzpolitik	60	12:00
17	Bericht über die Einführung und Umsetzung des Dosenpfands	35	15:00
11	Frauengesundheitsbericht	30	15:35
12	Kindergesundheitsbericht	30	16:05
18	Tätigkeit der Technologiestiftung	30	16:35
	Donnerstag, 23. Januar 2003		
7	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	35	10:00
16	Verzahnung von Vorschul- und Grundschulbereich	60	10:35
23	Landeszentrale für politische Bildung	35	11:35
9	Durchführung der Heimaufsicht	60	12:10